

Die NÖ Mandatare im Nationalrat

Parlament | Die ÖVP konnte ihre elf Mandate aus NÖ halten. Auch die SPÖ stellt elf Parlamentarier.

Von Martin Gebhart

Das Ergebnis ist vorläufig. Deswegen ist – bis auf die Grundmandate – noch nicht fix, wer aus Niederösterreich in den Nationalrat kommt. Die vorläufige Liste:

○ **ÖVP:** Georg Strasser, Andreas Hangar, Hans Höfner, Angela Fichtinger, Martina Dienes-Wais, Hermann Schultes, Eva Himmelbauer, Johannes Schmuckenschlager, Hans Rädler. Dazu noch zwei von der Landesliste sowie Michaela Steinacker und Dorothea Schittemhelm über die Bundesliste.

○ **SPÖ:** Peter Wittmann, Johann Hechtel, Anton Heinzl, Johann Hell, Konrad Antoni, Herbert Kuzdas (falls Gabriele Heinisch-Hosek wieder in die Regierung kommt), Otto Pendl, Rudi Plessl, Hans Weninger. Dazu noch Katharina Kucharowits, die über die Bundesliste fix im Parlament ist.

○ **FPÖ:** Walter Rosenkranz,

Barbara Rosenkranz, Christian Höbart, Christian Lausch, Helwig Mühlberghuber, Christian Hafenecker und Udo Landbauer. Dessen Grundmandat im Wahlkreis Wiener Neustadt ist allerdings nur schwach abgesichert. Falls das nicht hält, kommt Herbert Werner in den Nationalrat.

○ **Grüne:** Hier kommen aus NÖ Dieter Brosz, Tanja Windbüchler-Souschill und Eva Mückstein.

○ **Team Stronach:** Hier wurde in NÖ nur ein Grundmandat geschaffen. Damit wird Robert Lugar in den Nationalrat einziehen. Ob weiterer Niederösterreicher über die Bundesliste den Einzug schaffen, ist noch nicht klar.

○ **NEOS:** Hier kommt Nikolaus Scherak für NÖ in das Parlament.

Diese Liste kann sich durch die Wahlkarten natürlich noch verändern.

WAHL-MOTIVE



Peter Hajek, Meinungsforscher, hat für ATV Wahl-Motive hinterfragt. Foto: APA

Die SPÖ-Kampagne hat gegriffen. An erster Stelle der Wahlmotive findet sich Soziales & Gerechtigkeit, gefolgt von den Klassikern Parteiprogramm, Stammwähler und Arbeiterpartei (beide jeweils 26 %).

Die ÖVP-Wahlmotive hingegen zeigen die Problematik des Wahlkampfes. Stammwähler-Motive und Parteiprogramm als wichtigste Motive an erster und zweiter Stelle. An dritter Stelle kommt immerhin das Wirtschaftsmotiv, das eigentlich zu Beginn der Kampagne keine Rolle spielte und erst durch WKO-Chef Leitl („abgesandelt“) und Minister Mitterlehner („12-Stunden-Tag“) an Fahrt aufnahm.

Die FPÖ hat wieder einmal gegen alle Unkenrufe, speziell aus der Werbebranche, den Nerv der Bevölkerung getroffen. Das Metathema „Nächstenliebe = Österreicher zuerst“ hat voll gegriffen (Platz 1 der Motive). Auch das Protestmotiv ist nach wie vor ein Hauptmotiv (Platz 3) der FPÖ-Wähler. Die weniger aggressive Tonalität des Wahlkampfes hat die nötige Unterscheidung zu Stronach gebracht.

Auch die Grünen haben kampagnetechnisch viel richtig gemacht. Die beiden Hauptthemen sind in der Zielgruppe angekommen.

Die Motivlage der Stronach-Wähler unterscheidet sich nicht von der Motivlage bei Landtagswahlen. „Frischer Wind“, Stronach und die Wirtschaftskompetenz sind die wichtigsten Motive. Insofern war die Kampagne richtig, nur dass Stronach durch seine zum Teil skurrilen Auftritte den Wahlerfolg gefährdet hat.

Nachdem das BZÖ weder ein thematisches Profil noch ein emotionales Kernthema hatte, konzentrierte man sich auf Josef Bucher, der über gute Persönlichkeitswerte verfügt.

NEOS punktete mit Inhalten und politischer Stimmung („frischer Wind“). Auffallend, dass an dritter Stelle Hans-Peter Haselsteiner rangiert. Sein Einfluss auf die Wahlentscheidung war also doch größer als angenommen.

Der jeweilige Spitzenkandidat war „sehr wichtig“ für die Entscheidung:

Werner Faymann (SPÖ)	38 %
Michael Spindelegger (ÖVP) ...	33 %
Heinz-Christian Strache (FPÖ) ..	42 %
Eva Glawischnig (Grüne)	21 %
Frank Stronach (FRANK)	64 %
Josef Bucher (BZÖ)	54 %
Matthias Strolz (NEOS)	22 %
Mario Wieser (Piraten)	24 %

Quelle: ATV/Hajek

DIE POLITISCHE ANALYSE



Thomas Hofer, Politik-Berater, über den Ausgang der Nationalratswahl.

Zeitenwende

Sie meinen, der Titel ist ein wenig dick aufgetragen? Immerhin konnte die rot-schwarze Koalition bei der Nationalratswahl ihre Mandatsmehrheit verteidigen und darf nun weitere fünf Jahre gemeinsam an der Macht bleiben, ohne eine dritte Partei mit an die Macht zu lassen? Außerdem: In 80 Prozent der Fälle wurden in Europa in den vergangenen Jahren Regierungen aus dem Amt gejagt – davon könne in Österreich doch nicht die Rede sein?

Im Vergleich sei das Abschneiden der Regie-

rungsparteien doch ganz gut?

Stimmt schon. Aber ganz ehrlich: Wer bei Rot und Schwarz nach dieser Ohrfeige der Wählerschaft glaubt, zur Tagesordnung übergehen zu können, der täuscht sich gewaltig. Eine Mandatsmehrheit mag weiterhin bestehen, man muss sich aber schon vor Augen führen, dass dieselben beiden Parteien noch vor sieben Jahren knapp 70 Prozent der gültig abgegebenen Stimmen auf sich vereinen konnten. SPÖ und ÖVP sind von ihren historischen Tiefständen noch einmal abgesackt. Ja, sie können noch einmal miteinander regieren. Aber tun sie so weiter wie in den vergangenen fünf Jahren, ist das Spiel spätestens 2018 aus.

Frank Stronach, der die gerechte Strafe für einen unterirdischen Wahlkampf erhalten hat, wird dann nicht mehr auf der politischen Bühne sein. Entweder taucht nach ihm eine neue Protestalternative auf oder die FPÖ verleiht sich dieses Potenzial zu einem großen Teil ein.

Heinz-Christian Strache wäre ohne den Milliardär dem ersten Platz schon diesmal gefährlich nahe gekommen. Abseits davon blüht aber Neues: Mit den NEOS ist eine für die ÖVP brandgefährliche neue Gruppierung aufgetaucht. Sie wird der Volkspartei noch massiv zu schaffen machen. Und: Wer sagt, dass künftig eine ähnliche Initiative von links nicht auch der SPÖ blühen kann?

Eines ist gewiss: Wenn Rot und Schwarz erneut eine Regierung bilden, dann müssen sie einen klaren Politikwechsel anstreben. Wer diese Zeichen in der Koalition nach dieser Wahl nicht erkennt, darf sich 2018 einen neuen Job suchen. Nach außen hin mag alles beim Alten geblieben sein. Aber das täuscht: Die Wahl 2013 hat wohl einen Wandel im politischen System eingeleitet, der entweder zu einem neuen Stil bei Rot-Schwarz oder die ehemaligen Großparteien das nächste Mal unter die Mandatsmehrheit drückt.